
1595/J XXII. GP

Eingelangt am 25.03.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Freund, Großruck, Wöginger

Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

betreffend die immer größer werdende Zahl von sogenannten „Mautflüchtlings“ in den Bezirken Ried, Schärding und Grieskirchen durch die Einführung der Lkw-Maut

Seit 1. Jänner 2004 wird Lkw-Frachtern pro gefahrenem Kilometer auf den österreichischen Autobahnen durchschnittlich ein Betrag von 22 Cent verrechnet. Um diese Zahlungen zu umgehen, verlagern viele Frächter den Lkw-Verkehr auf die Bundesstraßen. Die Innkreisautobahn - die A8 - ist eine durch den Lkw-Verkehr stark belastete Autobahnstrecke. Viele Anrainer klagen hier über ein verstärktes Aufkommen an Lkw-Verkehr auf den Bundesstraßen. Besonders betroffen ist dabei die B137, zwischen Schärding, Ried, Grieskirchen und Wels, wo ein Lkw-Fahrverbot über 7,5 t besteht (ausgenommen Quell- u. Zielverkehr). Laut Berichten von Anrainern kommt es seit der Einführung der Lkw-Maut vor allem in den Nachtstunden zu einer immensen Lärmbelästigung durch das Ausweichen über die Bundesstraße.

Zum Schutz der Anrainer an den betroffenen Straßenabschnitten stellen die unterfertigten Abgeordneten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

1. Hat die Einführung der Lkw-Maut Ihres Wissens Auswirkungen auf das

Verkehrsaufkommen auf der Innkreisautobahn - der A8?

2. Wenn ja, welche?
3. Wie hoch ist der Anteil an Ziel- und Quellverkehr bzw. Transit auf der Innkreisautobahn?

4. Gibt es Studien über die erwartete Entwicklung des Lkw-Verkehrsaufkommens auf der Innkreisautobahn?
5. Wenn ja, wie schauen die Ergebnisse aus?
6. Liegen bereits Studien vor, die belegen, dass Lkw-Frächter seit Einführung der Maut auf untergeordnete Straßen ausweichen?
7. Wenn ja, was ergeben diese Studien in Bezug auf die Innkreisautobahn?
8. Werden Sie veranlassen, dass es gerade auf jenen Strecken, wo Lkw-Fahrverbot besteht, zu verstärkten Kontrollen kommt, oder sind andere Maßnahmen von Seiten der Regierung geplant, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken?